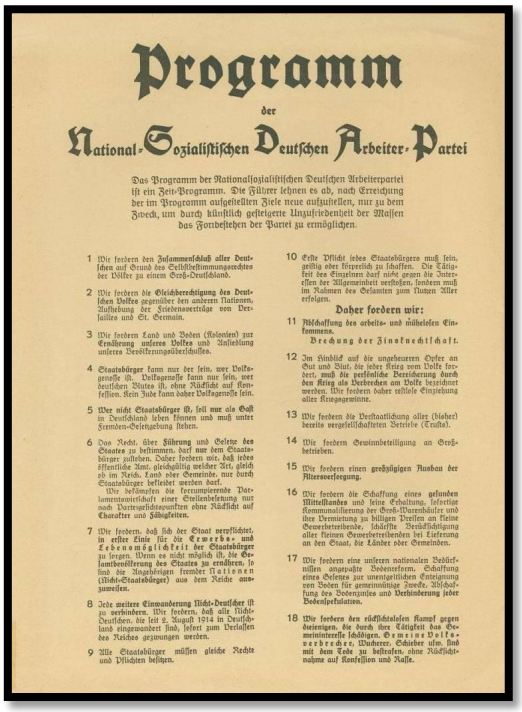
Les 25 points du programme national-socialiste d'Hitler



Programm

der

National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei

Das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeit-Programm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1 Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

2 Wir fordern die Gleichberechtigung des Deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3 Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.

4 Staatsbürger kann nur der sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5 Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden-Gesetzgebung stehen.

6 Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.
Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten.

7 Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.

8 Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

9 Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.

10 Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten zum Nutzen Aller erfolgen.

Daher fordern wir:

11 Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.
Brechung der Zinsknechtschaft.

12 Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13 Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts).

14 Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15 Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.

16 Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

17 Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.

18 Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.

19 Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltanschauung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.

20 Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.

21 Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugend-Ausbildung beschäftigenden Vereine.

22 Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

23 Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß
a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,
b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden.
c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich.
Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literatur-Richtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

24 Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.
Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Gesundung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage:

Gemeinnutz vor Eigennutz.

25 Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlamente über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.
Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

München, den 24. Februar 1920

gez. Adolf Hitler

Anmerkung:

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der N.S.D.A.P. von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig:

„Da die N.S.D.A.P. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung" nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstückspekulations-Gesellschaften."

München, den 13. April 1928

gez. Adolf Hitler

Le programme du Parti ouvrier allemand est un programme à terme. Lorsque les objectifs fixés seront atteints, les dirigeants n'en détermineront pas d'autres dans le seul but de permettre, par un maintien artificiel de l'insatisfaction des masses, la permanence du parti.

1. Nous exigeons **l'unification de tous les Allemands** dans une Grande Allemagne sur la base du droit à l'autodétermination de tous les peuples.

2. Nous exigeons **que le peuple allemand ait des droits égaux** à ceux des autres nations et que les traités de paix de Versailles et de Saint-Germain soient abrogés.

3. Nous exigeons des terres et des territoires (colonies) pour **nourrir notre peuple** et y installer notre population excédentaire.

4. Seuls nos compatriotes peuvent devenir **citoyens**. Seuls ceux qui sont de sang allemand, quelle que soit leur religion, peuvent être nos compatriotes. Par conséquent, aucun Juif ne peut être un compatriote.

5. **Ceux qui ne sont pas citoyens** ne doivent vivre en Allemagne **qu'en tant qu'étrangers** et doivent être soumis au droit des étrangers.

6. Le droit de choisir **le gouvernement** et de déterminer les lois **de l'État** appartient exclusivement aux citoyens. Nous exigeons donc que toute fonction publique, quelle qu'en soit sa nature, que ce soit au sein du gouvernement central, du Länder ou de la municipalité, ne soit occupée que par des citoyens.

Nous menons une guerre contre l'administration parlementaire corrompue par laquelle des hommes sont nommés à des postes en faveur du parti sans tenir compte de leur **caractère** et de leurs **compétences**.

7. Nous exigeons que l'État s'engage **avant tout à garantir à chaque citoyen un emploi et des moyens de subsistance**. S'il s'avère impossible de nourrir l'ensemble de la population, les étrangers (non-citoyens) doivent être expulsés du Reich.

8. Toute nouvelle **immigration de non-Allemands** doit être empêchée. Nous exigeons que tous les non-Allemands qui ont immigré en Allemagne depuis le 2 août 1914 soient contraints de quitter le Reich immédiatement.

9. Tous les citoyens doivent posséder les mêmes droits et les mêmes devoirs.

10. Le premier devoir de tout citoyen est de produire intellectuellement ou physiquement. L'activité individuelle ne doit pas être contraire aux intérêts de la communauté, mais doit s'exercer dans le cadre de celle-ci, au bénéfice de tous.

C'est pourquoi nous exigeons :

11. **L'abolition des revenus passifs et de tous les revenus ne provenant pas d'un travail**.

Suppression de l'esclavage par l'intérêt.

12. Compte tenu des énormes sacrifices de sang et de biens que toute guerre impose au peuple, **l'enrichissement personnel découlant de la guerre doit être considéré comme un crime contre le peuple**. Nous exigeons donc la confiscation de tous les profits de guerre, sans exception.

13. Nous exigeons la nationalisation de toutes les entreprises appartenant aujourd'hui à des trusts.

14. Nous exigeons un partage des bénéfices des grandes entreprises.

15. Nous exigeons une **augmentation substantielle des pensions de retraite**.

16. Nous exigeons la création et le maintien d'une **classe moyenne** saine, la remise immédiate des grands magasins à l'administration communale et leur location, à bas prix, aux petits commerçants, ainsi que la plus stricte considération de tous les

petits commerçants lors de la fourniture de biens à l'État, aux Länder et aux municipalités.

17. Nous exigeons une réforme agraire adaptée à nos besoins nationaux, la création d'une loi pour l'expropriation des terres sans indemnisation à des fins publiques, l'abolition de la rente foncière et **l'arrêt de toute spéculation foncière**.

18. **Nous exigeons une lutte sans merci contre ceux qui, par leurs activités, nuisent à l'intérêt général. Criminels de droit commun, usuriers, profiteurs et autres doivent être punis de mort, sans distinction de religion ou de race**.

19. Nous exigeons qu'un **droit coutumier allemand** soit substitué au droit romain, serviteur d'une conception matérialiste du monde.

20. Afin de permettre à chaque Allemand capable et travailleur de poursuivre des études supérieures et, ainsi, d'accéder à des postes de premier plan L'État doit assurer un développement complet de l'ensemble de notre système d'éducation publique. Les programmes de tous les établissements scolaires doivent être adaptés aux exigences de l'apprentissage pratique. La compréhension des idéaux de l'État (instruction civique) doit être acquise à l'école dès que la compréhension le permet. Nous exigeons que les enfants intellectuellement prédisposés de parents défavorisés, quels que soient leur statut social ou leur profession, reçoivent leur éducation aux frais de l'État.

21. L'État doit assurer l'amélioration de la santé publique en protégeant les mères et les enfants, en interdisant le travail des jeunes, en favorisant l'entraînement physique par la gymnastique et les sports obligatoires, et en apportant le plus grand soutien possible à tous ceux qui participent à l'éducation de la jeunesse.

22. Nous exigeons l'abolition des troupes mercenaires et la formation d'une armée nationale.

23. Nous exigeons une campagne judiciaire contre les mensonges politiques **délibérés** et leur diffusion par voie de presse. Afin de faciliter la création d'une presse allemande, nous exigeons que :

(a) Tous les rédacteurs et leurs employés des journaux publiés en langue allemande soient citoyens allemands.

(b) Les journaux non-allemands ne soient publiés qu'avec l'autorisation expresse de l'État. Ils ne doivent pas être imprimés en langue allemande.

(c) Toute participation financière ou influence quelconque dans des journaux allemands soit interdite aux non-Allemands par la loi, et nous exigeons que la sanction pour la transgression de cette loi soit la suppression du journal et l'expulsion immédiate des non-Allemands du Reich.

Les journaux qui portent atteinte au bien commun doivent être interdits. Nous exigeons des poursuites judiciaires contre les mouvements artistiques et littéraires qui

perturbent la vie de notre peuple et la dissolution de toute organisation qui contreviendrait aux exigences susmentionnées.

24. Nous exigeons la liberté de toutes les croyances religieuses au sein de l'État, dans la mesure où elles ne mettent pas en danger son existence ni n'offensent les valeurs morales et éthiques de la race germanique.

Le parti, en tant que tel, représente le point de vue d'un christianisme positif, sans se lier à une confession particulière. Il lutte contre l'esprit matérialiste juif, à l'intérieur comme à l'extérieur de nous, et il est convaincu qu'un rétablissement durable de notre peuple ne peut se produire que de l'intérieur, sur la base du principe suivant :

L'intérêt général passe avant l'intérêt particulier.

25. Pour mettre en œuvre tout cela, nous exigeons la création d'un pouvoir central fort du Reich, ainsi que l'autorité absolue du Parlement politique central sur l'ensemble du Reich et de ses organisations ainsi que la création d'ordres et de chambres professionnelles chargés de la réalisation, dans les différents Länder, des lois-cadre promulguées par le Reich.

Les dirigeants du parti promettent de plaider sans relâche pour l'exécution des points ci-dessus, si nécessaire au péril de leur vie.

Munich, 24 février 1920

Signé : Adolf Hitler

Annonce du programme du NSDAP

Le programme du parti de 1920 est resté pratiquement inchangé comme fondement politique des nationaux-socialistes (Ann Ronan Picture Library)

L'ascension politique d'Hitler dans les années 1920 a commencé à Munich

Le Berghof d'Obersalzberg, photographié en août 1936. Photo : Heinrich Hoffmann (1885-1957). (Bibliothèque d'État de Bavière, Archives photographiques hoff-13447)

Programm

der

National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei

Das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeit-Programm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1 Wir fordern den **Zusammenschluß aller Deutschen** auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

2 Wir fordern die **Gleichberechtigung des Deutschen Volkes** gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3 Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur **Ernährung unseres Volkes** und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.

4 **Staatsbürger** kann nur der sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5 **Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast** in Deutschland leben können und muß unter Fremden-Gesetzgebung stehen.

6 Das Recht, über **Führung** und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf **nur** dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.

Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf **Charakter** und **Fähigkeiten.**

7 Wir fordern, daß sich der Staat **verpflichtet, in erster Linie** für die **Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger** zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die **Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren,** so sind die Angehörigen fremder Nationen (**Nicht-Staatsbürger**) aus dem Reiche **auszuweisen.**

8 Jede **weitere Einwanderung Nicht-Deutscher** ist **zu verhindern.** Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

9 Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.

10 Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten zum Nutzen Aller erfolgen.

Daher fordern wir:

11 **Abschaffung des arbeits- und müheloſen Einkommens.**

Brechung der Zinsknechtschaft.

12 Im Hinblick auf die ungeheueren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, **muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke** bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13 Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts).

14 Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15 Wir fordern einen **großzügigen Ausbau der Altersversorgung.**

16 Wir fordern die Schaffung eines **gesunden Mittelstandes** und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

17 Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und **Verhinderung jeder Bodenspekulation.**

18 **Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher,** Wucherer, Schieber usw. **sind mit dem Tode zu bestrafen,** ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.

19 Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltanschauung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.

20 Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.

21 Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugend-Ausbildung beschäftigenden Vereine.

22 Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

23 Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß

a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,

b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden,

c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich.

Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literatur-Richtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

24 Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.

Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage:

Gemeinnutz vor Eigennutz.

25 Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.

Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

München, den 24. Februar 1920

gez. Adolf Hitler

Anmerkung:

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der N.S.D.A.P. von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig:

„Da die N.S.D.A.P. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung" nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulations-Gesellschaften."

München, den 13. April 1928 **gez. Adolf Hitler**

Liberté Vérité Justice

Humain souverain

♣♥♠♦

© Elisabeth – Tarologue-thérapeute certifiée

Tarot Énergie

♣♥♠♦